

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.)
 Unter Kreuzband, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Beuthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Beuthstraße 3.

Abonnements-Einladung.

Für den Monat Dezember eröffnen wir ein neues Abonnement auf das

„Berliner Volksblatt“ „Sonntagsblatt“

als Gratisbeilage.
Unser Blatt ist das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, es vertritt durchaus den Standpunkt der modernen proletarischen Arbeiterbewegung sowohl in sozialer wie in politischer Beziehung.

Für den denkenden und aufgeklärten Arbeiter brauchen wir diesen Standpunkt des Näheren nicht zu erläutern. Für Jeden, der die Spannung, welche auf unseren gesammten Verhältnissen liegt, beobachtet, tritt derselbe klar zu Tage. Aber der gebildete und aufgeklärte Arbeiter muß stets darauf bedacht sein, sein Organ immer weiteren Kreisen seiner Klassenangehörigen zugänglich zu machen, für sein Organ stets neue Streiter zu suchen, die dazu beitragen, daß die arbeitende Bevölkerung ihrem Ziele, der endgültigen Befreiung der Menschheit, im Sturmschritt zueilt.

Im Feuilleton unseres Blattes beginnen wir mit dem Abdruck eines spannenden geschriebenen historischen Romans aus der Zeit des großen Bauernkriegs von 1525,

Rothenburger Tage, aus der Feder des unseren Lesern wohlbekannten Schriftstellers Wilhelm Bloss.

Die Erzählung spielt in der hochberühmten alten Reichsstadt Rothenburg an der Tauber, die ein Hauptwaffenplatz jenes gewaltigen Freiheitskampfes war. Der Verfasser versucht auf Grund sorgfältigster historischer Studien ein Bild von dem bunten und die härmlichen Leben und Treiben jener Zeit zu gestalten, und die Figuren, die er geschaffen, sind mitten aus dem Volke entnommen, so daß die Erzählung auch einen Einblick in die sozialen Zustände jener großen Zeit gewährt. Die hochliegenden Hoffnungen und die goldenen Freiheitsträume, der heldenhafte Kampf, die Niederlage und die blutige Reaktion des Jahres 1525 sind in ihren Erscheinungen und Wirkungen innerhalb der engen Mauern des Reichsstadt geschildert. Wir glauben mit dieser Arbeit den Ansprüchen an unser Feuilleton ganz besonders entgegen zu kommen.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungsredakteure, sowie unsere Expedition, Beuthstr. 3, Bestellungen zum Preise von 1 Mark 10 Pf. monatlich, frei ins Haus, entgegen.

Für außerhalb nehmen sämmtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von 1 Mark 10 Pf. für den Monat Dezember entgegen.

Das „Berliner Volksblatt“ ist eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 892, V. Nachtrag.

Die Redaktion und Expedition des
„Berliner Volksblatt“.

Feuilleton.

Victoria.

Roman von Minna Kautsky.

Vor der Thür blieben sie stehen und horchten. Drinnen ging der Mann mit großen, starken Schritten auf und nieder, laute Worte vor sich hinsprechend.

Hanna drohten die Kräfte zu verlassen, aber Oswaldt öffnete rasch die Thür und trat mit ihr ein.

Feldt empfing sie mit einem Schreckensruf und flüchtete sich vor ihnen in die äußerste Ecke des Zimmers.

„Was wollt Ihr?“ rief er wie von gräßlicher Angst erfüllt, „was wollt Ihr? Geht hinaus — hinaus!“

„Papa,“ rief Hanna mit thränenreicher Stimme, „kennst Du mich denn nicht?“

Er starrte sie an, und als sie herzutrat, um ihn um den Hals zu nehmen, winkte er sie mit leidenschaftlicher Gebärde von sich ab.

„Warum kommst Du und weinst — und Du — wilst Du es schon? Und die Börse und die Zeitungen — ah, die wissen Alles, und die haben es schon gebracht, Schwarz auf Weiß, gelt, für Jedermann — für Jedermann — o!“

Er verstummte plötzlich, wurde noch blässer, und den abwesenden Blick auf Oswaldt richtend, blieb er mit offenem Munde wie Einer, dem ein Unbegreifliches mit einem Male verständlich war, stehen, dann ihn noch schärfer fixierend, sagte er langsam zwischen den Zähnen: „Ich weiß jetzt — weshalb Du — Elender! Du hast es schon früher gewußt,

Die Lage der ländlichen Arbeiter.

III.

Unser Gewährsmann, Pastor Dr. Borchard, hat sich nicht damit genügen lassen, im Allgemeinen das Vorhandensein von Uebelständen auf dem Lande festzustellen, er hat vielmehr eine Reihe werthvoller Daten geliefert, die zur Erkenntniß der ländlichen Verhältnisse „schätzbare Material“ liefern. Er hat die Löhne der ländlichen Arbeiter untersucht und mit viel Geschick und Sorgfalt Haushaltungsbudgets ermittelt, welche über die durchschnittlichen Einnahmen und Ausgaben fleißiger und sparsamer Arbeiterfamilien, bestehend aus Mann, Frau und drei Kindern, hinreichenden Aufschluß und die Handhabe zur Beurtheilung der Gesamtlage der landarbeitenden Bevölkerung in seinem Beobachtungsbezirke, einem Brennpunkte der Rübenkultur und Zuckerindustrie, geben.

Pferdeknechte erhalten danach bei sechzehnständiger, im Sommer oft siebzehnständiger, Arbeitszeit wöchentlich 8,90 M. ausbezahlt. Für Rübenvergütung erhalten sie 30 M., außerdem freie Wohnung, 1 Morgen Land und die Kohlenfuhrn, jedoch nicht die Kohlen frei. Die Drescher, die in fester Arbeit stehen, erhalten die Wohnung gegen ein Miethgeld von 30 M., $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ Morgen frei und die Kohlenfuhrn. Die Aufscher, die auf den großen Gütern die Arbeiter zu überwachen haben, erhalten 48 bis 60 M. monatlich, freie Wohnung und freies Land; das ist die Elite der Landarbeiter.

Der freie ländliche Arbeiter, der Tagelöhner, der nicht in fester Arbeit steht, der Typus der Landproletarier, kommt zwar im Sommer regelmäßig zur Arbeit, wie auch seine Frau beim Hacken beschäftigt wird. Freie Wohnung erhält er jedoch nicht, nur $\frac{1}{2}$ Morgen bestelltes Land gegen eine Pacht von 24 M. Der Akkordlohn beträgt im Durchschnitt nicht mehr als 2 M. für den Tag. „Drei Frauen und ein Mann“, sagt Borchard, „können, wenn sie fleißig sind, von Morgens 6 Uhr bis Abends 6 Uhr $\frac{1}{2}$ Morgen Rüben ausnehmen, zusammentragen und behäufeln. Wenn sie um 5 Uhr anfangen und keine Mittagspause machen, können sie $\frac{3}{4}$ Morgen bearbeiten, so daß sie in diesem Falle einen Tagelohn von 3 M. erreichen. Wenn man aber die Zeit des Rübenausnehmens auf 5 Wochen, oder wie hier auf 8 Wochen berechnet, so darf man pro Tag nicht mehr als 2 M. und nur unter sehr günstigen Witterungs- und Ackerverhältnissen 2,25 M. rechnen. Die Arbeit des Rübenausnehmens ist sehr anstrengend, und der Akkordvertrag war früher besser. Vor zwanzig Jahren waren die Rüben groß, heute sind sie

klein. Bei dem Rübenausnehmen wird der Akkordvertrag zwischen Männern und Frauen gleich getheilt.“

Die Theilung des Arbeitslohnes beim Mähen, zu welchem gleichfalls Arbeiter beider Geschlechter gebraucht werden, ist eine andere, weil hier die Leistungen der Männer größere und schwerere sind, als diejenigen der Weiber, während beim Rübenausnehmen Mann wie Frau dieselben Mähen haben. Für das Mähen wird der Frau 1 M., dem Mann 2,50 M. pro Tag gegeben. Bei dem „Maschinen“, dem Dreschen mit der Maschine, erhält die Frau oder das Mädchen 1,20 M.; in das Uebrige theilen sich die Männer, die dabei 2,50 M. täglich verdienen. Beim Dreschen mit der Hand beträgt der Tagelohn 1,50 M.

Nun bedenke man, daß der freie ländliche Arbeiter, welcher nicht in fester Arbeit steht, kaum mehr als 80 Akkordtage zu 2 M. und 220 Tage zu 1,50 M. hat. Dazu kommt, daß, sobald die Zuckerfabriken, die jetzt meistens von Mitte September bis Mitte Januar arbeiten, stillgesetzt sind, in den Monaten März und April der freie ländliche Arbeiter keinen regelmäßigen Verdienst findet. Der Tagelohn in der Zuckerfabrik ist für den gewöhnlichen Arbeiter 1,50 bis 1,75 M. Wir haben vor längerer Zeit die gesundheitschädliche, überaus anstrengende Beschäftigung der Arbeiter in den Zuckerfabriken eingehend nach den Mittheilungen in der ersten deutschen Zeitschrift für Hygiene geschildert und bereits damals auf die hohen Dividenden der Unternehmungen, auf die ausgiebigen Gewinne der Ausfuhrvergütungen und die damit Hand in Hand gehende Ausnützung der Arbeitskräfte hingewiesen. Die Lohnangaben des Ummendorfer Parterres ergänzen und bestätigen unsere Auseinandersetzung.

In einer früheren Arbeit hatte Borchard den Jahresverdienst einer verheiratheten Frau und zweier Kinder auf 160 M. angegeben. Er widerruft jetzt diese Angabe als zu hoch; nach sachverständiger Schätzung beträgt der Verdienst nur 120 M. Die Ueberfluthung des Bezirks mit Sachseingängern bewirkt eine Schmälerung des Verdienstes der ansässigen Arbeiter. Wie geht es den Arbeiterwitwen? „Früher konnten dieselben im Winter spinnen; sie erhielten täglich nur 10 Pf., aber hatten ein warmes Zimmer und Essen. Heute verdienen sie den Winter über nichts. Bei dem „Maschinen“, das bis in den Dezember hinein dauert, sind höchstens 16 Frauen oder Mädchen beschäftigt. Oft habe ich gesagt: Wie machen es die Wittwen den Winter über? Die ältesten und verständigsten Männer des Dorfes haben mir geantwortet: „Sie müssen sich durchhungern.“

Sie müssen sich durchhungern, das ist das A und O der Lebensführung, das ist das Pendant zu den

und präkäre gewesen waren und daß er nur durch seine Energie und das große Vertrauen, das er beim Publikum und in der Geschäftswelt genos, sich zu erhalten vermocht hatte. Hätte er seinen Prozeß gewonnen, würde seine Geschicklichkeit das Schlimmste ferngehalten haben. Nun war er verloren, und das unerwartete, gleichzeitig hereinbrechende Falliment einer angesehenen Bank, bei welcher er selbst Mitglied des Verwaltungsrathes gewesen, machte die Katastrophe zu einer zerschmetternden.

Man hatte sein persönliches Vermögen auf Millionen geschätzt; nun zeigte sich, daß die Passiven die Aktiven weit überstiegen und das jeder Ausgleich unmöglich war. Infolge dieses Zusammenbruchs gab es weitere Insolvenzen in der Geschäftswelt, eine förmliche Panik an der Börse, und was das Schlimmste, unendliches Mißtrauen war aufs Neue ins Publikum geworfen, die Spekulation beeinflussend und schädigend.

Kaum wagte es Jemand, Fiedl in Schutz zu nehmen; man beschuldigte und beschimpfte ihn maßlos, und selbst sein tragisches Schicksal, das diesen rastlosen und heilschenden Geist in ewige Nacht gebannt, vermochte keine mildere Auffassung herbeizuführen.

Dem Finanzgenie hatte man geschmeichelt, gleich einem Allmächtigen gehuldigt, den Macht- und Wehrlosen gab man den Fieksfußtritt.

Was Skandalisucht und Neugier aber weiter über die Familie und ihre augenblickliche Lage zu wissen wünschte, konnte man aus den Zeitungen erfahren.

Und was man da nicht Alles zu hören bekam! Kaum gab es eine Beziehung, ein intimes Gefühl, das nicht mit aller Ausführlichkeit publiziert und glossirt wurde.

Zehntes Kapitel.

Der Zusammenbruch des Hauses Fiedl machte enormes Aufsehen.

Fiedl besaß viele und mächtige Freunde, aber es stellte sich heraus, daß seine Verhältnisse, über die man jetzt erst volle Klarheit erhielt, seit Langem überaus schwierige

glänzenden Renten der Großgrundbesitzer, zu den kolossalen Ueberschüssen der Zuckerfabriken, zu dem Triumph einer Wirtschaftspolitik, welche in einem Mattenkönig von landwirtschaftlichen und Industrie-Zöllen den Jubelgriff aller Staatsweisheit erblickte, weil die Krautjunker und Schloßjunker ihren Schnitt dabei machen.

Gegenüber den winzigen Einnahmen die Ausgaben, welche die Herrlichkeit der indirekten Steuern glänzend beweisen und deutlich zeigen, daß die große Menge jener Bezirke ewig an der Hungergrenze sich befindet. Man höre z. B. folgende Bemerkungen Vorchard's: „Brot gebraucht eine Familie für 3,50 M. die Woche, ja im verfloßenen Winter noch mehr; da wog das Brot für 50 Pf. nur 4 bis 4 1/2 Pfund, früher 6 Pf. Der Viertelzentner Roggenmehl kostete in den letzten Jahren 2,50 bis 3,50 M. An Fleisch hatte ich früher den wöchentlichen Bedarf für 2 Pf. Schweinefleisch 70 Pf. Der Gemeindevorsteher sagte mir aber, daß 4 Pf. zur Deckung des Wochenbedarfs nötig seien. Eine ordentliche Arbeiterfrau sagte mir: „Man braucht es wohl, aber man hat es nicht.“ Ist es nicht der reine Hohn auf das Landleben, daß die kleinen Leute auf dem Lande „keine Milch haben?“ Der schöne Trost, welchen die Parzellenfanatiker bei der Hand haben, daß ein Stückchen Land dem kleinen Mann auf die Weine helfe, fällt für unsere Gegend fort. Der landwirtschaftliche Großbetrieb, der zum Rübenbau u. s. w. jeden Morgen des fruchtbaren, ergiebigen Grund und Bodens verwendet und aufkauft und pachtet, was nur zu haben ist, räumt mit diesen Dingen energisch auf. „Der größte Uebelstand“, heißt es in unserer Quelle, „ist, daß es dem kleinen Manne kaum noch möglich ist, was zur Aufrechterhaltung seines Hausstandes notwendig Land zu irgend erscheinenden Preisen zu pachten. Die Pferdebesitzer und Drechsler erhalten 2/3 Morgen bis zu 1 Morgen Land unentgeltlich. Die Arbeiter und Arbeiterfrauen, die regelmäßig zum Baden kommen, erhalten 1/2 Morgen bestelltes Land für 24 M. Eine Arbeiterfamilie braucht aber, wenn die Nahrung einigermaßen genügen soll, für den Haushalt 1 1/2 Morgen, um das Nötige an Kartoffeln, Rüben, Gemüse und Stroh zu bauen. Der Morgen bestelltes Land kostet 66 bis 72 M., der Morgen unbestelltes Land auf sechsjährige Pacht kostet 50 M. Die ordentlichen Arbeiter bemühen sich Land zu pachten, aber sie haben, wenn ihnen das gelingt, bei den heutigen Pachtpreisen keinen Gewinn davon. Der Preis des Landes ist trotz der gesunkenen Zuckerpreise von Jahr zu Jahr gestiegen. Vor 15 Jahren konnte man gutes Land für 750 M. bekommen, heute kostet der Morgen im Großverkauf 900 M., im Kleinverkauf 1000 M. und an manchen Orten 1200 M. und darüber.“ Die Wohnungsverhältnisse bieten gleichfalls Anlaß zu berechtigten Klagen. Für eine Stube und eine Kammer, die Küche haben sie mit einer anderen Familie zusammen, für einen Stall zu Kohlen und einen Schweinestall werden 66—72 M. bezahlt!

Vorchard kommt zu dem Ergebnis, daß „eine ländliche Arbeiterfamilie im dortigen Kreise bei großer Sparsamkeit jährlich 800 M. gebraucht. An barem Gelde verdient die Arbeiterfamilie 200, höchstens 270 M.“ Das ewige Defizit in drückendster Gestalt ist bei diesem Budget die so selbstverständliche wie betrübende Folgeerscheinung.

Die Vorschläge, welche Herr Pastor Vorchard macht, kümmern uns nicht, sie sind kindlich und utopisch. Arbeitervereine, in denen Unternehmer und Arbeiter zusammengeklappt sein sollen, Vorträge, Kleinkinderkuren und Aehnliches, was er will, ändert am Sachverhalt, der kapitalistischen Ausbeutung des Landvolkes, nicht das Mindeste. Und so gut gemeint es ist, wenn er das Eigentumsrecht mit der Eigentumspflicht verbunden wissen will, seine urchristliche Auslegung, nach der „alle Gaben, dieselben seien . . . Geld oder Grundbesitz . . . zum gemein-

samen Nutzen anzuwenden“ seien, ist hinsichtlich gegenüber dem ehernen Zwange der heutigen Eigentumsordnung, welche die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zum obersten Sittengesetz erhebt.

Doch dies nur nebenbei! Wir wollten nur an einem konkreten, gutverbürgten Beispiele zeigen, wie es auf dem Lande aussieht und darauf hinweisen, wie und wo die Agitation einzusetzen hat.

Die Landarbeiter gehören kraft ihrer gesellschaftlichen Stellung, ihrer wirtschaftlichen Lage zum Proletariat. Unsere Sache ist es, sie zu klassenbewußten Arbeitern, zu Sozialdemokraten zu machen. Was die ökonomische Entwicklung mit Sicherheit vorbereitet, haben wir zu kontrollieren und zu beschleunigen.

Briefe aus Oesterreich.

Wien, 21. November. Am letzten Sonntage kam es in Wien zu einer großartigen Kundgebung der organisierten Arbeiterklasse für das allgemeine Wahlrecht. Die Sozialdemokraten benutzten die Plenarversammlung des „Demokratischen Zentralvereins“, um zum Worte zu kommen. Die Wiener Demokraten sind der kleine Rest einer noch vor mehreren Jahren sehr zahlreichen Partei, welche das eigentliche Kleinbürgertum umfaßte. Seither ist ihre große Masse zu den Antisemiten übergegangen und genau dieselben Leute, welche noch vor kurzem für die „Prinzipien von 1789“ schwärmten, deren Abgott Dr. Kronawetter war, heulen heute „Nieder mit den Juden“ und erklären Kronawetter für einen „Judenmenschen“. Man hat da eigentlich ein typisches Beispiel vor sich, wie es der Klassenkampf ist, der das Wesen der politischen Parteien bestimmt. Ihre großen Prinzipien, das sind ebenso viele Masken, die rasch und schmerzlos gewechselt werden können, und welche ihr eigentliches Wesen, das gemeinsame wirtschaftliche Interesse, das Klasseninteresse, mehr oder weniger erfolgreich verhehlen und verdrängen. Oesterreich „Demokraten“, heute „Antisemiten“, vielleicht morgen wieder „Demokraten“, — es sind immer dieselben Leute, die Kleingewerbetreibenden, die den Untergang vor Augen haben.

In Oesterreich ist die bürgerliche Demokratie heute in den verschiedensten antisemitischen Sorten, welche unter der Führung von ebenso vielen Päpsten ihren Nadeln vollführen, vollständig ausgegangen. Dr. Kronawetter steht fast ganz allein. Was sich noch um ihn sammelt, ist eine kleine, aber darum nicht gerade sehr gewählte Gesellschaft. Er selbst ist sich treu geblieben; er ist ihmoms-principe, wie er im Buche steht, ein Dogmatiker vom reinsten Wasser. Das hat ihn bei der allgemeinen Fahnenflucht, welche nicht nur unter den Demokraten, sondern schon viel früher und nach anderer Richtung unter den Liberalen einriß, in vieler Beziehung den Sozialdemokraten näher gebracht. Er hat stets im Parlament die Polizei-Insamanten, die brutale Klassenjustiz gegen die Arbeiter energisch bekämpft und das ist ihm um so höher anzurechnen, als es gegen den Wunsch seiner eigenen Parteigenossen, oder vielmehr — seiner Wähler, geschah. Soweit also die Sozialdemokratie eben Demokratie ist, mußte Kronawetter naturgemäß in ihre Gesellschaft kommen. Derselbe Dogmatismus aber, der ihn dazu brachte, hinderte ihn bis jetzt, und wir fürchten auch nur immer, das soziale Programm unserer Partei auch nur zu verstehen. Für ihn ist die „Erklärung der Menschenrechte von 1789“ eine Offenbarung der reinen Vernunft. Klassen und Klassenkampf versteht er nicht, giebt es für ihn nicht. Die „absolute Rechtsidee“ ist es, der allein er huldigt.

Ich habe Dr. Kronawetter's Stellung hier so ausführlich geschildert, weil erstens der Mann eine der wenigen erquickenden Gestalten im politischen Leben Oesterreichs ist und zweitens, weil ich erklären wollte, wie die Sozialdemokraten gerade den Verein, welcher unter seiner Führung steht, zu der Demonstration vom letzten Sonntag benutzen konnten und durften. Ja, aber am Ende fragen Sie, warum wir nicht selbst Versammlungen abhalten? Nun, bei uns herrscht ja noch das Ausnahmegesetz, welches „allgemein zugängliche Versammlungen“, also Volksversammlungen absolet verbietet. Unseren einzigen politischen Verein aber hat die Polizei uns bereits im Sommer 1889 gemeldet und seit einem Jahre bereits bemühen wir uns vergebens, die Bewilligung zu einem solchen wieder zu erhalten. Alle politische Propaganda, die wir treiben, und ich darf sagen, sehr energisch und erfolgreich treiben, geschieht direkt gegen das Verbot der Polizei, welche aber mit uns nicht fertig wird.

Nun haben die Demokraten einen Verein mit großem Titel, aber freilich blutwenig (kaum 300) Mitgliedern, sind also politisch befugt, politische Versammlungen abzuhalten. Wir haben die „demokratischen“ Politiker, es wäre hübsch ihre Versammlung, die natürlich sehr mager ausfallen würde, mit der Arbeitermasse zu „wattieren“. Wahrscheinlich auch

dieser neuen Sachlage mißtrauisch und unwillig gegenüber. Sie haßten die Maschine, sie wollten es nicht glauben, daß eine Verbesserung an derselben ihnen zu Gute kommen würde, und die Erfahrungen der ersten Woche sprachen ihnen Recht zu geben. Die Arbeiter waren ebenso spröde wie die Maschinen, sie waren gegenseitig noch nicht aufeinander gedrillt und vermochten sich nicht zu befreunden. Die Leute arbeiteten fehlerhaft und langsam, trotz ihrer Ungeduld, oder eben deshalb; und als in der zweiten Woche ihr Verdienst, ungeachtet der Ueberstunden, unter dem normalen blieb, trat ein in Victoria bisher nie dagewesener Fall ein: sämtliche Arbeiter erklärten, unter diesen Bedingungen nicht weiter arbeiten zu wollen. Sie verlangten die frühere Höhe des Stücklohnes und noch andere Vergünstigungen und gaben ihre Forderungen schriftlich ein.

Diese wurden als unerfüllbar und durchaus ungerechtfertigt verworfen und ihnen gesagt, daß, wenn sie nicht sofort die Arbeit wieder aufnahmen, man ihrer überhaupt nicht mehr bedürfe, da man sich andere und billigere Arbeitskräfte verschaffen werde.

Eine ungeheuerer Aufregung bemächtigte sich Aller. Wie, in dieser Weise wollte man sie in Schach halten? Andere Arbeiter sollten herein und sie, die Angelegenen, die so lange geduldig geharrt und zugewartet, sie sollten jetzt, wo der Winter begann und jeder andere, auch der geringste Verdienst ausbliehe, zurückgesetzt und in ihren Hoffnungen betrogen werden? Aber nein, nein, es war nicht möglich, man wollte sie nur schrecken mit dieser Drohung.

Der Lohn war ein so niedriger, die Existenzbedingungen so miserabel, daß nicht leicht andere Arbeiter dieselben akzeptieren würden. Und gerade ihre Isoliertheit, die Abgeschlossenheit dieses industriellen Bezirks von den übrigen, die sie bisher so sehr benachteiligt, sollte ihnen nun auch einmal zum Vorteil ausschlagen, sie ließen keinen Spitzig erwarten. Der Streik war ebenso allgemein als spontan.

Auch der taube Andreas schloß sich dem Streik an. Er verließ den Openc und schwor, er wolle ihn nicht zum Schaden seiner Kameraden bedienen, eher wolle er ihn zertrümmern.

Aber schon am nächsten Tage entstand das Gerücht

fürchteten sie sich vor den Antisemiten, die eine Sport daraus machen, Versammlungen anderer Parteien zu Sprengen; zu uns getrauen sich diese Heiden freilich niemals. Kurz, die Versammlung mit der Tagesordnung: „Das allgemeine Wahlrecht“, wurde in den größten Saal einberufen, der in Wien derzeit zur Verfügung steht, ins „Kolozeum“, und die Arbeiter dazu eingeladen. Wir nahmen die Einladung an. Und der Erfolg war der, daß nach der Schöpfung einer riesigen Arbeitermasse von 10 000 Arbeiter sich beim Schwender einfinden, pünktlich, ruhig, wie eine Armee. Freilich konnten nur etwa 5000 Personen in den Saal gelangen; aber trotzdem gab es auch nicht den geringsten Zwischenfall und die bedeutenden Polizeibehörden, die in allerlei Hinterhalten versteckt lagen, konnten nach Hause gehen, ohne die „Ordnung“ retten zu müssen. Unter den Tausenden von Sozialdemokraten gab es auch mindestens ebenso viele Dugende von „Demokraten“.

Die Aufgabe der Versammlung und speziell unserer Redner war es, den Standpunkt der Sozialdemokraten zum allgemeinen Wahlrecht einfach zu konstatieren; er ist ja bekannt genug und ein Redner durfte sich nicht sagen: „er schämte sich einfach, für das Wahlrecht heute noch sprechen zu müssen!“ Dann aber war es notwendig, die Heuchelei der bürgerlichen Parteien, welche sich sämtlich mit dem Wahlrecht kokettieren, in ihrer Nacktheit bloßzustellen. Die von Dr. Kronawetter beantragte Resolution konnte dahin gedeutet werden, daß man die demagogischen Phrasen der Liberalen und Antisemiten ernst nahm; es war nämlich die „Erwartung“ ausgesprochen, die verschiedenen Vertretungskörper würden die Wahlreform, deren Notwendigkeit kein einsichtiger Mensch mehr bezweifelt, alsbald in Angriff nehmen. Von unseren Rednern wurde offen ausgesprochen, daß wir diese Erwartung nicht hegen, daß wir wissen, daß sich die herrschenden Klassen nur dem Zwange fügen werden, welchen das organisierte Proletariat ausüben wird; das Wahlrecht werde ein Erfolg der kämpfenden Sozialdemokratie sein.

Ebenso mußte bei aller Gastfreundschaft und aller Hochachtung vor Kronawetter jede Solidarität mit der bürgerlichen „Demokratie“ höflich aber entschieden abgelehnt werden. Einem „Demokraten“, Dr. Glaser, der die Scheidung zwischen Sozialdemokraten und seiner Partei als eine „läppliche“ bezeichnete, wurde unter dem stürmischen Beifalle der ganzen Versammlung gründlich heimgelächelt.

Die Versammlung des „Demokratischen Zentralvereins“ schloß mit einem dreimaligen stürmischen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie und der Absingung des „Liedes der Arbeit“.

Der Eindruck der Versammlung auf die Öffentlichkeit ist ein ganz gewaltiger. Vielleicht ist die Zeit nicht fern, wo der Mensch in Oesterreich das allgemeine Wahlrecht bekämpfen wird, aus Furcht sich lächerlich zu machen. Die Regierung freilich entwickelt darin einen hohen Grad von Tapferkeit; sie hat die Furcht davor — sich zu blamieren.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. November.

Junger mehr Geld für's Militär — das ist wohl die Lösung. Der Reichshaushalts-Etat für 1891/92 weist geradezu erschreckliche Ziffern auf. Er schließt in Einnahme und Ausgabe mit 1 130 645 888 M. ab. Von den Ausgaben sind 941 135 067 M. fortdauernde, 90 720 453 M. einmahlige Ausgaben des ordentlichen und 98 790 368 M. des außerordentlichen Etats. Das Gesetz enthält eine neue Bestimmung, dahingehend, daß die Summe, welche nach § 8 des Zolltarif-Gesetzes vom 19. Juli 1879 der Reichskasse von dem Ertrage der Hölle und der Tabaksteuer verbleibt, für das Etatsjahr 1890/91 von 130 Millionen auf 140 242 500 M. erhöht wird. Um den Betrag von 10 242 500 M. sollen nämlich die Mehreinnahmen aus den Zöllen und der Tabaksteuer im Etatsjahre 1890/91 und danach die den Einzelstaaten zu überweisenden Steuern gekürzt werden zu dem Zwecke, die am 1. April 1892 fälligen Zinsen der Reichsschuld, welche nach der bisherigen Uebung für das Etatsjahr 1892/93 zur Verrechnung gelangen würden, bereits für das Etatsjahr 1891/92 zu verrechnen, da die am 1. April jeden Jahres fälligen Zinsen wirtschaftlich dem vorhergehenden Etatsjahre zur Last fallen. In Preußen ist diese Aenderung bereits früher erfolgt. Das mit Sicherheit zu erwartende günstige Ergebnis des Etatsjahres 1891/92 ermöglicht es, zu dem richtigeren Verfahren überzugehen, ohne daß eine nachteilige Rückwirkung auf den Haushalt der Einzelstaaten zu befürchten ist.

In der Denkschrift zum Hauptetat wird zunächst bemerkt, daß die Gesamtausgaben mit Ausnahme der fortlaufenden Ausgaben der Betriebsverwaltungen um 180 227 889 M. über

und verbreitete sich rasch, daß eine Schaar böhmischer Arbeiter unterwegs sei und am zweitnächsten Tage hier eintreffen werde.

Die Sache war wohl lange vorher schon abgemacht und böhmische Arbeiter waren die Geißel, mit der man so strafen wollte; aber wehe dem geduldigen Werkzeug!

Ein wilder grimmiger Haß waltete empor, erregte alle schlimmen Instinkte.

Es ist der Haß der französischen Arbeiter gegen die italienischen, der englischen gegen die irischen, der amerikanischen gegen die chinesischen Antis. Ihre elende Klammern gegen die Existenz wurde ihnen also freitrag gemacht und sie hatten sie zu verteidigen gegen Arbeiter, die in der Kultur noch zurück waren, das heißt, die noch bedürfnisloser waren als sie selbst, zäher und ausdauernder, ein noch elenderes Leben, eine noch schlechtere Behandlung sich gefallen ließen.

Der Tag war gekommen, an dem diese böhmischen Arbeiter mit der Bahn hier eintreffen sollten. Es war ein sonnenloser kalter Nachmittag.

Die Berge umher waren weit herunter verschneit, über Säupter von einer grauen Wolkenmasse unlagert, während die das Thal zunächst einschließenden Hügel mit ihren Föhrenwäldern tiefschwarz erschienen.

Es war eine ernste düstere Stimmung in der Natur, die Luft war feucht und so ruhig und still, daß jedes Geräusch auf große Entfernungen vernehmbar war.

In einem fernen Gehöfte heulte ein Hund, und plötzlich hörte man das Rauseln eines rasch dahinschießenden Wagens. Es war der Fabrikverwalter, der nach Neustadt fuhr.

Die Haltung der Arbeiter war in der That unruhig, und man wußte, wie es bei gleichen Umständen gekommen war.

Die Streikenden versuchten die Neuangekommenen zu hindern, die Arbeit aufzunehmen, es kam zu sehr lebhaften minder ernstlichen Zusammenstößen, und wenn auch schließlich die Ordnung wieder hergestellt wurde, so gab es doch eine Anzahl verschlagener Fenster. Da war es denn klug, geboten, die Behörden von vornherein zu avisieren und sie

geklügelt Vorschlag glaubt der Herr wahrscheinlich einer Wiederholung der im verflochtenen Sommer in der Streikbewegung hervorgetretenen sehr berechtigten Forderungen der Arbeiter ein für alle Mal vorzubeugen. Nun, er könnte sich auch irren.

Der „Reichsanzeiger“ vertritt die Hilfsarbeiter bei Behörden auf die „Wohlthaten“ der Alters- und Invaliditäts-Versicherung, ergeht sich auch ein Langes und Breites darüber, daß die Unfallversicherung für Bureauarbeiter werthlos sei, drückt sich aber mentschungs um die Krankenversicherung herum. Das ist aber gerade der wunde Punkt, daß den Hilfsarbeitern, die mit dem 365fachen Betrag ihres Tagelohns zur Steuer veranlagt werden und die ihre anstrengenden Arbeiten ohne jeglichen Urlaub zu verrichten haben, jeder Krankheitsfall abgezogen wird und daß diese Unglücklichen in Krankheitsfällen mit ihren Familien der bittersten Noth ausgesetzt sind. Jeder andere Arbeiter muß von seinem Unternehmer versichert sein. Die Arbeiten für die Erkrankten werden von den Andern mitgemacht, entweder während der Dienststunden, so daß daraus Ersparnisse resultiren, welche als Weihnachts-Gratifikationen vertheilt werden, oder es wird Hausarbeit ausgegeben, deren Vertheilung natürlich von Belieben des Vorgesetzten abhängt. Hilfsarbeiter erhalten z. B. pro Stunde 60 Pf., Sekretäre bei gleicher Arbeit 1,50 M.

Soziale Uebersicht.

In die Vorstände der deutschen Gewerkschaften.

Die unterzeichnete Kommission ersucht die Vorstände der Gewerkschaften um umgehende Angabe der Adresse des Vorsitzenden oder Vertrauensmannes behufs Zusendung eines Zirkulars, in welchem die vorläufig zu thunenden Schritte der Kommission klargelegt werden sollen.

Ferner machen wir nochmals auf den Aufruf zur Unterstützung der ausgesperrten Gerber, Glas- und Tabakarbeiter und Schuhmacher aufmerksam und bitten um baldige Einsendung von Unterstützungsgeldern an die Adresse von A. Damann, Hamburg, Fürstenplatz 2 I.

Ueber die eingegangenen Gelder und deren Verwendung wird in regelmäßigen Zwischenräumen quittirt werden.

Sodann erinnern wir an den Beschluß der Gewerkschaftskonferenz, die Redaktionen der erscheinenden Fachblätter zu ersuchen, jedem Mitgliede der Kommission ein Exemplar des Organs zuzustellen.

Die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften.
E. Legien, Hamburg-Eimsbüttel, Osterstr. 78 b.

Sämmtliche Arbeiterblätter werden um Nachdruck ersucht.

Aufruf an alle Arbeiter und Arbeiterinnen des In- und Auslandes. Trotz einer Lohnreduzierung von 10-33 % hatten die Textilarbeiter hier beschloffen, nicht zu streiken. Dennoch sahen sich die Arbeiterinnen der Firma Herrn. Stürcke, als sie als 14 tägigen Lohn theilweise nur ca. 6 M. erhielten, gezwungen, die Arbeit deshalb einzustellen. Am Montag, den 17. d. M., nun hängte die Firma eine Tafel aus mit dem Inhalt: Wegen Ausfalls der Mädchen ist die Fabrik geschlossen. Jetzt erklärten sich die Arbeiter mit diesen für solidarisch und beschloffen, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis die Forderungen der Arbeiterinnen bewilligt wären. Ihr sehr offenes Verhalten ist ein muthwillig durch uns vom Zusammenbruch, sondern die Noth hat uns gezwungen, in denselben einzutreten. Der Fabrikantenverband wird Alles aufbieten, um unsere Organisation zu zerstoren; es wird ihm aber nicht gelingen, wenn Ihr uns thätkräftig unterstützt. Mit kollegialen Grüßen! Albin Reichelt, Vertrauensmann der Textilarbeiter und Arbeiterinnen von Sachsen, Chemnitz, Rastenerstr. 8, III. — Alle Sendungen sind an obige Adresse zu richten. — Zugung ist streng fernzuhalten. — Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Briefkasten der Redaktion.

1000 E. Es kommt auf die Art Ihrer Beschwerden gegen die Militärverwaltung an. Zu näherer mündlicher Auskunft sind wir bereit.

Theater.

- Donnerstag, den 27. Novbr.
- Opernhaus.** Carmen.
- Schauspielhaus.** Der Marquis von Robillard.
- Festung-Theater.** Sodoms Ende.
- Berliner Theater.** König Lear.
- Deutsches Theater.** Die Haudenlerche.
- Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.** Königsgardist. Sonne und Erde.
- Wallner-Theater.** In Hemdsärmeln. Pension Schöller.
- Residenz-Theater.** Der Kampf ums Dasein.
- Viktoria-Theater.** Geschlossen.
- Bellevue-Theater.** Ramesseu Nitouche.
- Stend-Theater.** Emin Pascha.
- Thomas-Theater.** Der Soldatenfreund.
- Adolph Ernst-Theater.** Unsere Don Juans.
- Bürgerliches Schauspielhaus.** Der Eisonkel.
- Rausmann's Varietés.** Große Spezialitäten-Vorstellung.
- Theater der Reichshallen.** Große Spezialitäten-Vorstellung.
- Concordia.** Große Spezialitäten-Vorstellung.
- Gebr. Richter's Varietés.** Große Spezialitäten-Vorstellung.
- Wintergarten.** Große Spezialitäten-Vorstellung.

Englischer Garten.

- Direktion: C. Andress, Alexanderstraße 27c.
- Franka Scholz.** Kostüm-Soubrette.
- Geschw. Wildenfels.** Gesangsduettisten.
- Richard Gersdorf.** Sächsischer Gesangs-Humorist.
- Adolf Gödicke.** Mimiker, Stimmenimitator und Charakter-Komiker.
- Truppe Blumenfeld.** Barterre-Gymnastiker, Ballet und Tanzkünstler.
- Anfang Wochentags 8 Uhr.
- Sonntags 5 1/2 Uhr.
- Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf. 50 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.

Stablissement Buggenhagen am Moritzplatz.

- Täglich:
- Grosses Concert.**
- Direktion A. Hödmann.
- Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
- Wochentags 10 Pfg.
- Sonn- und Festtags 25 Pfg.
- Großer Frühstück- und Mittagstisch.
- Spezial-Auswahl von Pagenhofer Export-Bier, Seibel 15 Pf.
- F. Müller.

Gratweil'sche Bierhallen Kommandantenstr. 77-79.

- Täglich:
- Grosses Concert**
- mit Quartett-Sängern,
- ausgeführt von dem Musik-Direktor S. Sanftleben.
- Wochentags: Frei-Concert.
- Sonntags Entrée 20 Pf.
- Empfehle auch zugleich 8 Billards, 3 Regelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.
- F. Sadtke.

Passage-Panopticum.

- Unter den Linden 22/23. [742]
- Lebensgroße Wachsfiguren.**
- Panoramen.**
- Dioramen.**
- Ethnographische Sammlungen.
- Italienische Volkslieder.
- Entrée 50 Pf.
- Geöffnet von 10 bis 9 Uhr.

Kinderwagen.

Das gr. Lager Berlins
Andreasstr. 23, S. Pt.

Circus Renz.

Karlstraße.
Donnerstag, den 27. November cr.,
Abends 7 Uhr:

Deutsche Turner.

Große nationale Original-Pantomimere.
Außerdem wird aus dem reichhaltigen Programm besonders hervorgehoben: Ein mittelalterliches Karoussel, ger. v. Damen und Herren mit 30 Pferden. Horaz und Merkur, Fuchshengste, auf. vorgef. von Herrn Ernst Renz (Enkel). Schulpferd Trepido, ger. v. Frä. Oceana Renz, Mr. J. F. Clarke, Phänomen. Reitkünstler. Die berühmte Familie Briatore als Akrobaten. Voltige à la Richard v. Mr. Burnell Hillis. Miss Jelia Jampa, amerik. Luftkünstlerin. Austr. der Künstlerinnen Frä. Zephora, Billie Meers und Wm. Drabburg. Komische Entrees und Intermezzo's von sämtlichen Klowns.
Morgen: Vorstellung.
E. Renz, Direktor.

Castan's Panopticum.

Entrée 50 Pfg.,
Kinder 25 Pfg.
8, 9 Uhr Morgens
bis 10 Uhr
Abends.
Vorstellung
Morn. 11 1/2 u.
12 1/2 Uhr.
Nachm. v. 4 1/2-9 1/2 Uhr
stündl. eine Vorstellung.
Extra-Entrée 30 Pfg.
Kinder frei.

Geschäftshaus S. Heine Chausseestr. 14.

Die schönsten
Kinderkleider und -Jaden
für Mädchen jeden Alters, sowie
Morgenröde, Unterröde,
Tricotailen u. Blousen,
auch im Einzelverkauf sehr billig!
Maßbestellungen u. Reparaturen
werden prompt erledigt!
Normal-Unterkleider und Tricotagen für Herren, Damen und Kinder. Strümpfe, Soden, Handschuhe etc.
Geschäftshaus S. Heine.

Gebrüder Lissner

Stromstr. 33b, Ecke Stephanstr.
Die schönsten **Damen-Mäntel**,
Die schönsten **Kinder-Mäntel** und
Kleidchen,
Die schönsten **Knaben-Anzüge** und
Paletots,
stehen zum **Weihnachts-Ausverkauf**
zu enorm billigen Preisen bei
streng reeller Bedienung.

Rohtabak A. Goldschmidt,

Spandauerbrücke 6,
am hiesigen Plage bekanntlich
Größte Auswahl. Garantiert
sicher brennende Tabake.
Streng reelle Bedienung, billigste
Preise! Sämmtliche im Handel
beständl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6,
am Eade'schen Markt. [746]

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.

eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn,
Brunnenstraße 28, Hof parterre.
Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Circus G. Schumann.

Friedrich-Karl-Ufer.
Donnerstag, den 27. Nov., 7 1/2 Uhr:
Grosse Damen- und Gala-
Vorstellung, bestehend aus einem
sehr gewählten Programm.

Erste Ab- 8 Nummern
theilung wird nur von **Herren**
Zweite Ab- 8 Nummern
theilung wird nur von **Damen**
ausgeführt.

In der zweiten **Stall-**
Abtheilung **Damen** weiserver-
richten die **Damen** dienst

Auftreten sämtlicher neuengagierter
Kunstler, Familien-Waitson, Meers
und Loyal; sowie der Spezialitäten
Klown Durwo und Fml. Leon.
Vorführer und Reiter der beidress.
Schul- u. Freiheitspferde. Alles Nähere
durch die Programme u. Anschlagzettel.

Winter-Paletots und Anzüge

bei billigsten Preisen
empfiehlt das bekannte
Herren- und Knaben-
Garderobe-Geschäft
von 425
Julius Lindenbaum
Große Frankfurterstr. 139.
Spezialität: Anfertigung nach
Maß und Arbeitsfachen.
(Bitte genau auf Firma und
Hausnummer zu achten!)



! Ausverkauf!
um jeden Preis
von 20 000
Schuss-, Hieb- u. Stichwaffen
Reich illustrierte Preisliste gratis.
Hippolit Köhler,
Berlin W., Friedrichstr. 84.

- Rum, Punsch, Glühwein . . . 1/2 Fl. 1,50.
- Ingwer, Luft, Pommeranzen 1/2 Fl. 1,00.
- Medicin, Ungarwein . . . 1/2 Fl. 1,50-2,00.
- Roth- u. Portwein . . . 1/2 Fl. 1,50.
- empfehlen 1238

Franz Beyer,

15. Prinzessinnenstraße 15.
Filiale:
Elisabeth-Ufer 47.

Bitte lesen Sie!

Jedem, der billig und reell kaufen
will, empfehle mein reichhalt. Lager in
Winter-Paletots,
Rock- und Jaquet-Anzügen, einzelnen
Röcken, Jaquets, Hosen und Westen,
Stiefeln, Hüten, Betten, Wäsche, Uhren,
Reise- und Holzkoffern etc., sowie
Damen-Mänteln und Kleidern.

A. Wergien,

Schneidermeister. (Gegründet 1874.)
127. Skalitzerstr. 127.
Bitte sehr, recht genau auf Namen
und Hausnummer zu achten. 2347

Holzschuh u. Filzschuh.

Fabrik und Lager aller Sorten **Herren-,**
Damen- und Kinderstiefel.
859
Chr. Geyer,
4 Oranienstr. 4.
Nur für Herrenschneider! Kaufe
Schlafrocke u. Herrengarderobe. 841
Litmann, Brunnenstr. 122a.

Berliner Streik-Kontrollkommission.

Freitag, den 28. November, Abends 9 Uhr,
in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstrasse No. 48a

Versammlung der Delegirten.

Punkt 9 Uhr: Verlesung der Präsenzliste.
Tages-Ordnung:
1. Ergänzungswahl des Ausschusses. 2. Bericht über die bisherige
Thätigkeit der Berliner Streik-Kontrollkommission. 3. Antrag, betreffend die
Gastwirthschaft. 4. Verschiedenes.
Um pünktliches Erscheinen der Delegirten ersucht
Der Einberufer.

Grosse Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins im 4. Berliner Reichstags-Wahlkreise

am Freitag, den 28. November, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale Süd-Öst,
Waldemarstraße 75.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom
3. Quartal. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste willkommen.
NB. Die Zahlstellen des Vereins befinden sich bei D. Heindorf, Langen-
straße 70; G. Tempel, Breslauerstr. 27; R. Scholz, Brangelstr. 32; G. Schulz,
Admiralstr. 40a (Alte Linde); Fr. Jubel, Naunpstr. 88; auch werden daselbst
neue Mitglieder täglich aufgenommen.
Der Vorstand.

Freie Vereinigung der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter von Schöneberg und Umgegend.

Am Sonnabend, den 29. d. Mts., in **Gründer's Westend-Kesseler,**
Schwerinstraße 13:

Familien-Tanzkränzchen.

Sämmtliche Kollegen sind hierzu ergebenst eingeladen.
Billets (Herren 40, Damen 25 Pf.) sind beim Komitee und Vorstand
vorher zu haben.

Steinmeh-Versammlung

am Freitag, den 28. Nov. 1890, Abends 7 1/2 Uhr,
in **Müller's Lokal, Johannisstrasse 20.**

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Delegirten von der Gewerkschaftskonferenz. 2. Gewerkschaftliches. 3. Verschiedenes.
Der Einberufer.

Große Versammlung des Interessentenvereins der Maurer Charlottenburgs

am Freitag, den 28. d. M., Abends 8 Uhr,
in **Bismarckshöhe, Wilmersdorferstraße 39.**

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Pirch, über: Gewerkschaftliche Organisation.
2. Halbjährige Abrechnung. 3. Vorstandswahl. 4. Verschiedenes.
S. A.: Der Vorstand. Albert Wibel.

Grosse öffentl. Versammlung für Frauen und Männer

am Sonntag, den 30. November, Nachm. 2 1/2 Uhr, in **Lehmann's Salon,**
Schwedterstraße 21.

Tages-Ordnung: Die materialistische Geschichtsauffassung. Referent:
Herr Pö u s.
Der Einberufer: Paul Heitmann.

168. Oranienstrasse 168. Winter-Ueberzieher!!!

- Paletot von engl. Double, warm gefüttert 12
- Paletot von engl. Double, schwerer, braun, blau oder mode 14 u. 16
- Paletot von Eskimo, IV., braun, blau, mode, warm gefüttert 15 u. 18
- Paletot von schwerem Floconné 16 u. 20
- Paletot von Eskimo, III., alle Farben, elegant 24
- Paletot von Eskimo, II., alle Farben, sehr elegant 30
- Paletot von Eskimo, II., mit Steppfutter 36
- Paletot von Eskimo, I., mit hochseinem Futter 36
- Paletot von Eskimo, prima, mit hochseinem Futter 45
- Paletot von Chediot, sehr elegant 38
- sowie **Anzüge** in Rock- oder Jacket-Facon und **Hosen** etc.
- empfehlen in sehr großer Auswahl bei strengster Reellität

R. Götze & Co.,
168. Oranien-Strasse 168.
Beste Bezugsquelle für 70 cm br.
Atlas u. Sammettragen von 50 Pf. an in all. Farben.
P. Kochmann, Alte Jakobstr. 86.
Dr. Hoesch, homöopath. Arzt,
Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.
G. gut möbl. sep. Schlafst. an 1 od.
2 S. Pr. 10 M. Naunpstr. 64 u. 111.
Hierzu zwei Beilagen.

1. Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 277.

Donnerstag, den 27. November 1890.

7. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

8. Sitzung vom 26. November, 12 Uhr.

Am Ministertische: Miquel, v. Gopler, v. Berlepsch und Kommissarien.

Auf der Tagesordnung steht die Besung eines Entwurfs eines Gewerbesteuer-Gesetzes.

Finanzminister Miquel: Die Gewerbesteuer steht im Zusammenhang mit der Einkommensteuer; mit ihrer Reform konnte nicht gewartet werden; die Belasteten müßten entlastet werden, die nicht genügend mit ihrem Einkommen herangezogen wurden stärker getroffen werden. Diese Reform der Gewerbesteuer ist als notwendig anerkannt worden; sie durfte nicht auf ein weiteres Stadium verschoben werden. Nachdem die Grundzüge festgestellt waren, haben wir sie sofort verglichen mit der Wirksamkeit und Probeveranlagungen bewerkstelligt, um die Wirkung der neuen Form der Besteuerung zu erkennen. Ich war mir klar, daß dadurch die Grundgedanken der Vorlage in die Öffentlichkeit kamen. Ich habe mich davor nicht gescheut, weil eine solche Durchgreifende Reform nicht vom grünen Tisch aus dem Lande aufgelegt werden kann, weil die Einführung nur erstrebbar ist durch die Mitwirkung der öffentlichen Meinung. Ich fühle mich veranlaßt, anzuerkennen, daß ich überall auf das freundlichste Entgegenkommen getroffen bin, mit einer einzigen Ausnahme in Berlin. Bei einer solchen Reform wird der Finanzminister am meisten mit Beschwerden, Rathschlägen und Projekten überschüttet. Ich kann versichern, daß wir keine einzige widersprechende Äußerung erhalten haben, auch von den stärker herangezogenen Großbetrieben nicht. Daraus darf ich wohl schließen, daß man allgemein im Lande diese Steuerreform für eine gerechte hält. (Zustimmung.) Wir hatten uns entschlossen, die Gewerbesteuer umzulegen nach dem Betriebsvertrage, wie dies in anderen Staaten geschehen ist; aber es stellte sich heraus, daß dabei auch das Betriebskapital in Betracht gezogen werden muß. Denn eine wissenschaftlich einheitliche Gestaltung der Gewerbesteuer ist nicht möglich. (Sehr richtig! rechts.) Wenn die Ertragssteuern auf die Kommunen übertragen werden sollen, dann wird die Gewerbesteuer nicht einfach in die Gemeinden eingeführt werden können, dann wird man mehr die Betriebsanlagen als das Realobjekt fassen müssen, nicht einen einzelnen Gewerbetreibenden. Aber die jetzt vorgeschlagene Reform ist kein Hindernis, sondern eine erhebliche Erleichterung der weiteren Reform. Die gewerblichen Betriebe bilden ein vererbliches Objekt, welches den Tod des jeweiligen Betriebsleiters überlebt. Das liegt sich zumeist in den Großbetrieben, während der Betriebswert sich vermindert, je mehr man nach unten hinuntersteigt, bis schließlich der Betriebswert nur in der persönlichen Arbeit des Betriebsinhabers liegt. Danach haben wir die Grenze gezogen, die allgemein als richtig anerkannt worden ist. Die Grenze wird in den verschiedenen Landesbeständen verschieden wirteln, auf dem Lande mehr als in den Städten. Eine variable Grenze festzustellen, etwa im Anschluß an die Tagelöhne nach der Unfallversicherung, wurde verworfen, weil diese Grenze sich mit den Löhnen ändern würde, während für die Steuer eine feste Grenze notwendig ist. Für die kleinsten Betriebe tritt eine Entlastung ein, welche vielleicht ausgeglichen wird durch die Mehrbelastung der Großbetriebe. Ich sage vielleicht, weil die Probeveranlagungen zum Theil einen Einnahmeausfall ergeben haben, auch in der Klasse der Schankwirthe. Die Heranziehung gewisser Betriebe, welche bisher aus zufälligen Umständen freigeblieben sind, wird zur Deckung des Ausfalls dienen; wieviel daraus gezogen werden kann, ist noch nicht festzustellen. Schwärzer war die Frage der Besteuerung der Betriebe der Kommunen, wobei unterschieden werden mußte zwischen Betrieben, welche die öffentliche Wohlfahrt fördern und dem allgemeinen Nutzen dienen und solchen, bei welchen ein Gewinn sich ergibt. Eine genaue Begriffsbestimmung war nicht möglich, deshalb haben wir die steuerfreien Betriebe aufgezählt. So sind steuerfrei geblieben die Viehhöfe und Schlachthäuser, weil sie veterinär-polizeilichen Zwecken, Wasserwerke und Badeanstalten, welche der Gesundheitspflege, Seebädern, Sparsassen und so weiter, welche gemeinnützigen Bestrebungen dienen. Für die Steuerfreiheit der Gasanstalten konnten wir keinen Grund finden. Die Kommunen müssen ja wohl gewisse Betriebe haben, welche monopolistisch ausgestaltet sind; ich bin kein Gegner einer solchen Entwicklung, die vielleicht auch zur Kommunalisierung der Pferdebahnen führt. Aber es liegt kein Grund vor, diese Betriebe zu begünstigen durch die Steuerfreiheit vor ähnlichen Privatbetrieben. Ähnlich soll gegenüber den Unternehmungen anderer Korporationen verfahren werden. Die Vorschrift konnte nicht so genau gefaßt werden, daß man das Belieben des Finanzministers hätte entbehren können. Wenn solche für wohlthätige u. s. w. Zwecke gegründete Unternehmungen ihre Ueberreste nur für diese Zwecke verwenden, so ist darin kein Gewerbebetrieb zu erkennen. Aber es giebt viele unter der Firma gemeinnütziger Unternehmungen gegründete Gewerbebetriebe, welche lediglich der Privatpekulation dienen. Diese steuerfrei zu lassen, liegt kein Grund vor. (Sehr richtig!) Bezüglich des Begriffs „Gewerbliche Betriebe“ folgt die Vorlage der Gewerbeordnung; deshalb sind steuerfrei geblieben die Landwirtschaft und deren Nebenbetriebe, so weit sie nur Rohprodukte erzeugt, aber nicht weiter verarbeitet, und Bergbau, weil auf ihm schon die Bergwerksabgabe lastet, und Bergwerksgesellschaften, welche nur für die Bedürfnisse ihrer Mitglieder sorgen; diejenigen aber, welche einen gewerblichen Betrieb haben und mit anderen Personen als ihren Mitgliedern in Geschäftsverbindung stehen, sollen der Besteuerung unterliegen. Wenn auch die Gewerbesteuer nicht weiter ausgebildet werden soll, so ist doch das System der Mittelfähigkeit, welches eine halbe Kontingentierung enthält, auf die großen Betriebe nicht anwendbar. Denn der Mittelfähigkeit würde gleich bleiben, obwohl die Betriebe sich vergrößern; aber für die kleineren Gewerbetreibenden sind die Mittelfähigkeit nicht zu entbehren, schon der bequemeren Veranlagung wegen. Nun noch ein Wort über die Besteuerung der Schankbetriebe. Die Regierung hat keine Veranlassung, den Zubrang zum Schankgewerbe zu fördern, denn oft genug ist die Zulassung zum Schankgewerbe ein Unglück für den Schankwirt und eine Gefahr für das Publikum. Man hätte ein besonderes Gesetz machen und eine Lizenzabgabe einführen können. Allein die gleichmäßig bemessene Lizenzabgabe würde als große Ungerechtigkeit empfunden werden. Deshalb ist ein Mittelweg eingeschlagen; die Schank- und Gastwirtschaften zahlen die Gewerbesteuer nach dem Umfange ihres Betriebes, und damit nicht durch die Steuerbefreiungen, welche beschlagnahmt sind, Schankwirtschaften ganz steuerfrei werden, wird ein Zuschlag zur Gewerbesteuer erhoben. Das wird immer noch werden, als bisher. Der Grundzug der Vorlage ist die Entlastung der kleineren Betriebe; das ist eine Maßregel der Gerechtigkeit und darüber sollte man kleinere Differenzen vergessen. (Beifall.)

Abg. v. Egnern (natlib.) ist dem Finanzminister dankbar

dadür, daß er die Gewerbesteuer nicht vergessen hat. Die Reform derselben ist dringend notwendig, aber man hätte die Erleichterung von 3/4 Millionen einfach streichen sollen, ohne sie den Großbetrieben aufzuhäufen, welche jetzt durch die soziale Gesetzgebung mit ständigen Lasten bedacht sind; belastet ist hauptsächlich die Großindustrie, welche für den Export arbeitet. Das Kapital wendet sich dieser Industrie durchaus nicht in ausreichendem Maße zu, wie man denken sollte. Der alte Hartfort sagte einmal: Das Kapital ist, wie eine Maus, die sich beim geringsten Geräusche verleiht. Gegenüber den Angriffen auf die Großindustrie, die nicht bloß aus den Reihen der Sozialdemokratie, sondern auch aus gewissen anderen Kreisen kommen, muß festgestellt werden, daß das Kapital sich der Großindustrie fern hält und lieber in Rumänien und anderswo Eisenbahnen baut, als die deutsche Industrie unterstützt. Nebenher geht dann auf die Einzelheiten ein und tadelt zunächst die Veranlagung nach Betriebskapital, weil dadurch die Gewerbetreibenden veranlaßt werden könnten, ihr Betriebskapital möglichst herabzubringen. Ferner bemängelt er die Entzerrung von Mitgliedern der Veranlagungskommission für die Großbetriebe. Die Betriebssteuer für die Schankwirtschaften sollte man nicht für den Staat erheben, sondern den Gemeinden überweisen.

Abg. vom Herde (natl.) stellt zunächst fest, daß Herr v. Egnern nur in seinem eigenen Namen, aber nicht im Namen der nationalliberalen Partei gesprochen hätte. (Zustimmung bei den Nationalliberalen) und erklärt, daß die Großindustrie Rheinlands und Westfalens vollständig bereit sei, die Lasten, welche zur Durchführung einer gerechten Veranlagung und im Staatsinteresse getragen werden müssen, zu übernehmen; auch seien die Verhältnisse durchaus nicht so, daß das Kapital Veranlassung hätte, einer zu großen Belastung sich zu entziehen und ins Ausland zu gehen. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Die Uebertragung der Gewerbesteuer an die Kommunen wäre sehr zu wünschen, aber die finanziellen Verhältnisse gestatten dies jetzt noch nicht. Da aber eine Reform dringend notwendig ist und sie der späteren Ueberweisung nicht widerspricht, so viele die Vorlage eine geeignete Grundlage für die Vorbereitung. Die Steuerfreiheit der landwirtschaftlichen Brennereien scheint mir nicht recht begründet, wenn man Stärke- und Zuckerrüben bezieht. Ein glücklicher Griff ist die Beibehaltung der Mittelfähigkeit für das mittlere Gewerbe, weil dadurch für die betreffenden Gewerbetreibenden die Belastung der Deklaration erspart und die Steuer kontingentiert wird. Eine stärkere Heranziehung des Handels wäre wünschenswert, aber sie wird sich nicht durchführen, da zwischen Handel und Industrie schwer eine genaue Grenze gezogen werden kann. Empfehlenswerth würde es auch sein, wenn die Gewerbesteuer sofort mit der Einkommensteuer in Kraft treten könnte. (Beifall.)

Abg. Brömel (dfr.) verkennt nicht die Vorzüge der Vorlagen und hofft, daß deren Kern zur Annahme gelangen wird; aber die Stellung der Gewerbesteuer in unserem ganzen Steuersystem sei nicht recht klar. Der Finanzminister selbst habe anerkannt, daß die Gewerbesteuer eigentlich nur für die Gemeinden geeignet sei. Wozu soll eine Reform der Staatssteuer erfolgen, wenn nachher, wenn dereinst einmal die Ueberweisung an die Gemeinden erfolgt, für die Gemeindesteuer wieder eine andere Form gewählt werden muß? Bis das aber geschieht, werden sich die Gewerbetreibenden mit Recht über die Doppelbesteuerung beklagen. Man sprach immer von der Gerechtigkeit der Besteuerung, aber niemals von der großen Mehrbelastung. Er theilt vollständig die Bedenken des Herrn von Egnern in Betreff der Großbetriebe, die man nicht so leicht von der Steuer unterwerfen solle. Sie seien nicht Schwarzorger unseres wirtschaftlichen Lebens, sondern allgemein als ein Zeichen des Aufschwunges anzusehen. Im Einzelnen spricht Redner sein Einverständnis mit den Steuererleichterungen aus, bedauert aber, daß auf ein zu großes Steigen der Steuer Bedacht genommen sei, trotzdem man für den Fall der Ueberweisung an die Gemeinden jede Steigerung des Ertrages auszuweichen müßte und daß der Begriff des Reinertrages nicht klar genug gefaßt sei, wie denn überhaupt die Vorlage bald auf das Betriebskapital, bald auf den Betriebsvertrage sich stütze. Die Steuerförmigkeit sehr verschieden bei den verschiedenen Ertragsstufen und es wäre wohl möglich gewesen, sie individuell festzustellen mit einer Deklaration für die kleineren Betriebe. Wenn man auch manche Bedenken gegen die Vorlage nicht unterdrücken kann, so wäre es doch gut, die dargebotenen Erleichterungen einzuführen, aber auch vollständig und nicht die Schankwirthe auszunehmen. Wenn man ethisch auf das Volk einwirken will, dann muß man nicht die Wirthe belasten, sondern für die bessere Ernährung des Volkes sorgen durch die Befreiung der Zölle auf die notwendigen Lebensmittel und durch die Aufhebung der Viehsperre.

Generaldirektor der direkten Steuern Burghart: Die Bedenken des Vorredners werden sich bei der näheren Untersuchung als unbegründet erweisen; das Haus kann von der entgegenkommenden Haltung der Regierung überzeugt sein. Die Regierung muß es zurückweisen, daß sie sich zur Teilnahme an Angriffen gegen das Kapital verstanden habe, daß sie blindlings gegen die Großindustrie losziehe. Die Regierung verkennt nicht, daß der Nutzen, welchen der Einzelne aus der Großindustrie ziehe, auch der Allgemeinheit zu gute kommt. Es hat sich ergeben, daß die Vorschriften der Gewerbesteuer von 1820 auf unsere heutigen gewerblichen Verhältnisse passen wie die Faust auf's Auge. Die größeren Gewerbebetriebe sind sich bis jetzt gar nicht bewußt gewesen, wie sehr sie zu Ungunsten der kleineren begünstigt worden sind. Erst neuerlich hat sich der Schleier darüber gelüftet und gezeigt, daß die kleinen Leute 4 v. H. die großen vielleicht 1/10 v. H. Steuer zahlen. Die Einkommensteuer trifft die Leistungsfähigkeit, sie nimmt auf die Personen Rücksicht; die Ertragssteuer kann daraus nicht Rücksicht nehmen; sie trifft die Sache. Die Ertragssteuern sollen aus dem Rahmen der Staatssteuern losgelöst werden, damit sie den Gemeinden überwiehen werden können; diese Ueberweisung wird zwar noch einige Jahre dauern, aber nicht erst „dereinst“ im jenseitigen Leben sich vollziehen. (Heiterkeit.) Der Abzug der Schulden wird bei der Gewerbesteuer schwer durchzuführen sein; wenn durchführbare Vorschläge gemacht werden sollten, wird die Regierung darauf eingehen geneigt sein. Daß man den Erlaß von 4 1/2 Millionen Mark bewilligen, aber die Mehrbelastung abweisen soll, ist nicht durchführbar. Einmal kommt der Erlaß nicht bloß den kleinsten Gewerbetreibenden zu Gute, sondern auch größeren. Ferner aber würde man, wenn man einen Erlaß der Ertragssteuern beabsichtigte, nicht bei der ohnehin ziemlich niedrigen Gewerbesteuer, sondern eher bei der viel schwerer belastenden Grundsteuer anfangen. Wie die Gewerbesteuer jetzt ist, kann sie der Gemeinde nicht überwiehen werden und die Reform ist kein Hindernis für die spätere Ueberweisung. Geben Sie gerade dieser Vorlage ihre Mitwirkung, weil dadurch dem Lande wirklich geholfen werden kann. (Beifall.)

Abg. v. Tiedemann (Bomst) freut sich über die allgemeine Uebereinstimmung, die über diese Vorlage unter allen Parteien herrscht, und hält die Bedenken gegen die Vorlage für widerlegt durch die Reden des Ministers und des General-Steuerdirektors. Die Heranziehung der Großindustrie ist durchaus nicht so belastend, wie man nach den bisherigen Reden annehmen sollte. Die

Progression der Steuer für die Großbetriebe gegenüber der für die mittleren Betriebe sei eine sehr viel geringere, als bei der Einkommensteuer. Wenn die landwirtschaftlichen Brennereien von der Gewerbesteuer frei bleiben sollen, so ist das vollständig begründet in der Vorausbelastung der Landwirtschaft durch die Grundsteuer. Die Ungerechtigkeiten, welche sich jetzt bei der Besteuerung nach Mittelfähigkeit ergeben haben, rühren davon her, daß die Großbetriebe ebenfalls nach Mittelfähigkeit besteuert werden, was jetzt weggelassen soll. Die Betriebssteuer für die Schankwirthe ist vollständig angebracht, auch in sozialem Interesse, und namentlich, weil in der Konzeption für das Schankgewerbe immerhin ein Privilegium liegt. Die Zölle haben auf die Fleischpreise keinen Einfluß. Vor 20 Jahren stellte sich der Preis für Vieh auf 20 M. für den Zentner lebend Gewicht; das Rindfleisch kostete 40 Pf. das Pfund. Um die Mitte der 70 er Jahre stieg der Preis auf 35 M., die Fleischpreise auf 50 Pf. und blieben auch so hoch, als der Preis wieder auf 27 M. zurückging. Seit der Steigerung infolge der Sperre stieg der Preis des Fleisches auf 80 Pf. und ist auch trotz des Rückganges der Viehpreise nicht wieder zurückgegangen. Das beweist, was an den Redensarten über die Steigerung der Fleischpreise ist. (Beifall rechts.)

Abg. Ploß erklärt namens des Zentrums, daß seine Partei mit der Richtung des Gesetzentwurfs einverstanden ist, denselben billigt und geneigt ist, auf die von der Regierung gegebene Grundlage einzutreten und die Sache zu einem guten Ende führen. (Beifall.) Namentlich ist die Besteuerung der Großbetriebe notwendig und die Besteuerung der Konsumvereine, welche die privaten Geschäftsleute erheblich benachtheiligt. Denn es ist nicht zu vermeiden, daß Konsumvereine, welche einen offenen Laden haben, auch mit anderen Personen als mit ihren Mitgliedern in Geschäftsverbindung treten.

Abg. Rauehaupt (kons.) Der Finanzminister hat erklärt, daß die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer noch einige Jahre dauern werde; dann muß aber die Gewerbesteuer neben der Grund- und Gebäudesteuer bestehen, und zwar nach gleichen Grundfähigkeiten. Die Bedenken gegen die Ertragssteuern verkenne ich nicht, namentlich bezüglich der Frage, ob die Schuldzinsen angedreht werden sollen oder nicht. Der Nichtabzug der Schulden schafft eine Besteuerung des Betriebskapitals beim Schuldner, nicht beim Gläubiger; dadurch wird die Deklaration erschwert. Ohne Kapitalrentensteuer können aber die Schulden nicht abgezogen werden, denn nur, wenn der Schuldner seine Gläubiger angeht, kann der Staat ihn freilassen und die Gläubiger mit der Kapitalrentensteuer treffen. Vorläufig bleibt uns nichts übrig, als im Rahmen der gegenwärtigen Ertragssteuer diese Reform der Gewerbesteuer zu machen, und wir sind bereit, das zu thun.

Darauf wird die Debatte geschlossen. Die Vorlage wird einer besonderen Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. Schluß 4 1/4 Uhr.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Interpellation Graf und erste Beratung der Landgemeinde-Ordnung.)

Parlamentarisches.

Die Tagesordnung der nächsten Reichstagsitzung ist jetzt amtlich veröffentlicht worden. Die erste Sitzung findet Dienstag, Nachmittags 2 Uhr, statt. Außer den beiden ersten Beratungen der Gesetzentwürfe über die Rechnungen für 1887/88 und 1888/89 und über die Kontrolle des Reichshaushalts steht auf der Tagesordnung die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Vereinigung von Helgoland mit dem Deutschen Reich. Zugleich ist auf der Tagesordnung bemerkt: Der Reichshaushalts-Etat für das Etatsjahr 1891/92 wird in kürzester Zeit den Herren Mitgliedern des Reichstages mitgetheilt und auf eine der nächsten Tages-Ordnungen gesetzt werden.

Der Bundesrath hat am Dienstag den Gesetzentwürfen betreffend die Abänderung des Patentreuges und betreffend den Schutz von Gebrauchsmustern seine Zustimmung erteilt.

In Betreff Entschädigung unschuldig Verurtheilter hat die Zentrumsparthei ihren früheren Antrag im Reichstag wieder eingebracht.

Die erste Berathung des Reichshaushalts-Etats im Reichstage ist auf den 4. Dezember in Aussicht genommen.

Dem Reichstag ist das Zuckersteuergesetz, die Novelle zum Reaktantengesetz und das Patentreugesgesetz zugegangen.

Tokales.

Unsere Genossen **Sebel, Liebknecht und Singer** sind gestern nach London abgereist, um Friedrich Engels, der am 28. November seinen 70. Geburtstag feiert, die Glückwünsche der deutschen Sozialdemokratie zu überbringen.

Der aus Berlin und Friedrichshagen ausgewiesene Kandidat des zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreises, Janiszewski, der sich in Nixdorf niedergelassen hatte, ist wegen seiner mehrfachen Strafen auch von dort ausgewiesen worden.

Genosse **W. Kuback**, der eine Zeit lang in Königsberg als Redakteur des dortigen sozialdemokratischen Blattes fungirt hatte, ist vorgezogen von einem Kriminalbeamten wahrscheinlich wegen Preßvergehens verhaftet worden.

Ein **Notizschrei des feudalen Kapitals**. In der „Post“ schüttelt ein westpreussischer Krautjunker sein Herz aus über die Vernachlässigung des armen Kapitalisten zu Gunsten des durch seine hohen Löhne übermäßig gewordenen Landarbeiters. In seiner Zuschrift beklagt er sich darüber, daß durch die Beschlüsse der Arbeiterschutz-Kommission die Strafmittel der Arbeitgeber für Kontraktbruch verringert seien, nach seiner Ansicht werde dadurch das Arbeiterschutz-Gesetz wesentlich verschlechtert. (?) Er schreibt zur Begründung seines Jammerns:

„Straflosigkeit und leichtsinnige Arbeitseinstellungen — wie sie jetzt in England auf der Tagesordnung zu kommen scheinen — sind die größten Gefahren für Störung der Ordnung ohne Revolution. Die Einbuße von 6 Tagen Lohn ist viel zu gering.“

Wie man dann weiter ersehen kann, erhalten die ländlichen Arbeiter in den Ostprovinzen einen ungeheuer großen Lohn; er giebt die ortsüblichen Löhne auf 1—1,20 Mark für den Tag an und schaltet noch ein, daß sie wohl kaum 1,50 M. übersteigen dürften. Die Erntearbeiter erhalten dagegen den unerhörten Lohn von 2 M., auch sogar bis zu 3 M. Das will unserem Vollblutjunker nun nicht recht in den Kram hinein passen. Wenn er nach dem Gesetz bei Kontraktbruch bloß für 6 Tage den ortsüblichen Lohn, das sind 1 M. bis 1,20 M. für jeden Tag, abziehen kann, so fühlt er sich in seinen Feudalrechten beschränkt. Er schreibt hierüber — lassen wir ihn lieber selbst reden —:

„Ein Verlust von 6—10 M. bedeutet für solche Leute gegenüber der Hoffnung auf erzwungenen Lohnhöhungen gar nichts. Das Minimum eines wirklichen Verhinderungsg-

Veranstaltungen.

Eugen Richter's Irrlehren

über die Sozialdemokratie war das Thema, über welches Herr Dr. Litgenau am 20. d. M. in der Freien Vereinigung der Kaufleute sprach. Der Saal Deigmüller's war gedrängt voll.

Der Referent führte aus: Eugen Richter ist verwundert, daß seine Irrlehren von der Sozialdemokratie beachtet werden. Dieses Staunen ist begründet, wenn man an den inneren Kern der Schrift denkt. Richter behauptet, die Sozialdemokratie habe das Bürgerthum gespalten und stärke dadurch fortgesetzt die Reaktion. Die Reaktion ist aber dadurch gestärkt worden, daß der Freisinn bei Stichwahlen der Sozialdemokratie in den Rücken fiel. Richter will vor Allem die selbstständigen Kaufleute und die Handlungsgehilfen beim Freisinn festhalten. Aber mit der Selbstständigkeit wird es immer aussichtsloser und was die Handlungsgehilfen angeht, heißt es: Zu spät. Bei dem Theilungs-Gewinn hob Redner diesmal folgendes heraus; Richter erklärt, daß die Ueberflüsse der Staats-Eisenbahnen, Bergwerke, Domänen nicht mitzuvertheilen seien; denn diese gehören doch nicht zu den Privateinkommen. Soweit dieselben jetzt zur Deckung von Zinsen der Staatsschulden dienen, ist das daraus fließende Privateinkommen natürlich in der Rechnung mitenthalten. Das ist spärhaft. Wer Schulden begahen will, muß doch zuvor Einkommen haben, und wenn jemand Staatsanleihe erwerben will, muß er zuerst Kapital haben! Total unbekannt ist Herrn Richter, wie es sich nach sozialistischen Grundgesetzen mit Produktion und Konsumtion verhält. Richter meint ferner, im sozialdemokratischen Staat müßten die Menschen zum Engel geworden sein. Allerdings will die Sozialdemokratie die Zustände schaffen, welche die Anreizung den Keim zu Verbrechen weniger enthalten als die jetzigen. Ein großer Beschuß aller Verbrechen richte sich gegen das Eigenthum; diese würden sämmtlich aufhören. Richter behauptet ferner, wir lösten die Familie auf. Das hat der jetzige Klassenkampf, nicht wir. Dasselbe gilt von dem Vorwurf: wir vernichteten die Persönlichkeit, die Individualität. Redner ging also dann noch mit der Art der Richter'schen Polemik scharf ins Gericht und erläuterte unter Beifall der Versammlung verschiedene sozialistische Prinzipien, wozu ihm die Richter'schen Irrlehren und Mißverständnisse den Anlaß gaben.

In der Debatte versuchten mehrere Freisinnige eine Ehrenrettung ihrer Sache, ohne indessen den logischen Schlüssen des Vortragenden Abbruch zu thun. Jedenfalls trat mehrfach in der Diskussion die Ueberzeugung hervor, daß die Handlungsgehilfen — trotz Eugen Richter — in hellen Haufen sich dem Freisinn abwenden. Die Freie Vereinigung der Kaufleute scheint drauf und dran zu sein, durch ihre energiegeladene Thätigkeit dem Freisinn eine der besten Stützen zu entziehen. Pflicht jedes überzeugten Handlungsgehilfen ist es, sie darin durch Beitreitt zu unterstützen.

Die Schlosser und Maschinenbauer

versammelten sich am 17. d. M., unter Vorsitz des Kollegen Pehold, um zunächst ein Referat ihres Vertrauensmannes Carl Vreeder aus Nürnberg, welcher der Gewerkschaftskonferenz wegen hier anwesend war, über die Organisation, wie sie ist und wie sie sein soll, entgegen zu nehmen. Vreeder erörterte zunächst die Form der Organisationen, wie sie bisher bestanden. Er sei im Prinzip für Zentralisation gewesen, habe jedoch die lokale Organisation aus bestimmten taktischen Gründen für die zweckmäßigere angesehen und sei dafür eingetreten. Die Vorgänge der letzten Zeit erheischen eine Reorganisation und Umgestaltung der Gewerkschaftsbewegung. Nach Ablauf des Sozialistengesetzes sei den politischen, wie überhaupt den Vereinen, immerhin etwas mehr Selbstbestimmtheit gelassen, so daß es in Zukunft in der Gewerkschaftsbewegung unterbleiben müsse, rein politische Thematika zu erörtern. Die Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung liege künftig in statistischen Untersuchungen, Wanderunterstützung, Regelung der Arbeitszeit u. s. w. Besonders aber machten es uns die Vorgänge à la Hamburger Kesselerzeugung und die trotz ihres kolossalen Umfangs erst im Werden begriffene Koalition der Unternehmer zur Pflicht, uns möglichst in großen Verbänden zusammenzuschließen, um so dem Unternehmertum Stand bieten zu können. Er erläuterte die von der Gewerkschaftskonferenz empfohlene Resolution, und bezeichnet die reinen Fachorganisationen als Geldverpulverungsanstalten. Nur eine allgemeine Metallarbeiter-Union sei imstande, etwas Nennenswerthes zu leisten. Diefelbe müsse sämmtliche Branchen und Fächer der Metallindustrie umfassen. Die einzelnen Städte bilden die Filialen, die Großstädte, in denen genügend Angehörige eines Faches vertreten sind, bilden außerdem noch Sektionen, so daß z. B. der hier bestehende Fachverein der Schlosser nach dieser Idee die Sektion der Schlosser z. B. der Filiale Berlin der Allgemeinen Metallarbeiter-Union darstellen würde. In diesem Sinne ersucht Referent zu agitieren und Propaganda zu machen, damit auf dem bevorstehenden allgemeinen Gewerkschaftskongress so beschloßen würde, und Bildung und Ausfüllung des in den fernsten Winkel Deutschlands dringen. (Heißer Beifall.)

In der nun folgenden Diskussion erhält zunächst der Kollege Dr. Litgenau aus Hamburg das Wort. Der Redner, der entgegen dem Beifall des letzten Metallarbeiter-Kongresses auf eigene Faust eine Zentralisation der Schlosser und Maschinenbauer gegründet hat, zugleich auch ein Fachblatt, als dessen Redakteur er zeichnet, triumpht, daß nun endlich die Frage der Zentralisation gelöst sei und zwar zu seinen Gunsten. Er sei nach wie vor für Fachzentralisation, weil die Arbeiter der einzelnen Fächer verschiedene Bedürfnisse zc. hätten. Es gebe zu viel interne Fachangelegenheiten, zu deren Erörterung und Beurtheilung nur der Zentralvorstand der speziellen Fachorganisation im Stande sei!

Dr. Litgenau: Wenn der Wille der Arbeiter allein maßgebend wäre, so hätten noch ganz andere Organisationen ins Leben gerufen werden müssen. Nach seiner Meinung hat sich nach dem Ablauf des Sozialistengesetzes in betreff der Gewerkschaftsbewegung gar nichts verändert. Man dürfe sich nicht etwa Illusionen hingeben, denn sobald die Zentralorganisationen zu einem achtunggebietenden Faktor und besorgniserregend für die Regierung würden, würden sie entweder zu Isl. preussischen Gewerkschaften gestempelt, oder aber zu Grunde gehandelt, wie seiner Zeit die Berliner Filiale des Eislerverbandes, die aus Verichtsverfahren gar nicht mehr heraus kam. Um nun die Vortheile der Zentralisation, gleich wie der lokalen, zusammen zu bringen, empfiehlt er die lokalen Branchen-Zentralisation nach Art der allgemeinen Metallarbeiter-Vereine. Für diese sei der Boden infolge der ungetrübten Theilnahme günstig und nur auf diesem Wege würde etwas Positives erreicht werden können.

Hartmann ist der Meinung, daß Gewerkschaftsbewegung ohne Politik nicht denkbar sei. Auch würden die deutschen Arbeiter schwerlich an eine Gewerkschaftsbewegung ohne Politik à la Trades Unions zu erwärmen sein.

Arzdeck ist für lokale Fachorganisation. Er wundere sich, wie man die Beschlüsse des kaum gewordenen Metallarbeiter-Kongresses so schnell in die Ecke stellt. Die augenblickliche „Wandlungsfreiheit“ sei nur dazu, um uns hernach um so sicherer

zu kapern, denn verschiedene Paragraphen des Vereinsgesetzes ersehen das Sozialistengesetz vollständig. Nachdem Litgenau noch einmal die Fachzentralisation verteidigt und Gerlich ihn widerlegt hat, erhält Vreeder das Schlusswort. Er verteidigt seine Vorschläge, wendet sich gegen Warncke und geht unter dem Beifall der Versammlung besonders scharf mit Litgenau ins Gericht. Er schließt mit dem Wunsch, daß, sollten die Kollegen meinen, Berlin sei kein Boden für Zentralisation, sie wenigstens die Idee der Zentralisation dort, wo der Boden günstig sei, in der Provinz unterstützen möchten.

Zu Delegirten zu dem am 28. Dezember stattfindenden Provinzial-Delegirten wurden die Kollegen Pehold und Bähge einstimmig gewählt.

Der Fachverein der Eisler hielt am 19. d. Mz. eine außerordentliche Generalversammlung ab. Zum ersten Punkt hielt Herr Binn einen beifällig aufgenommenen Vortrag über Nordau's Buch: „Konventionelle Lagen der Kulturgeschichte“. Alsdann wurden einige Unterstützungsanträge erledigt. Unter anderem wird auf Antrag Schmidt eine Summe von 500 Mark für die freitrenden Glasarbeiter und Erfurter Schuhmacher bewilligt. — Vom Vorsitzenden Glocke wurde sodann die Angelegenheit Pfaff zur Debatte gestellt. Einleitend bemerkte der Vorsitzende, daß, wie wohl jedem Anwesenden bekannt sei, von Seiten des Fachvereins kürzlich eine Bewegung eingeleitet worden wäre, ganz besonders die Kollegen der Großbetriebe in unserer Gegend (wie Pfaff, Großhaus, Weinmann u. s. w.) zur Organisation heranzuziehen. Hierbei sei von verschiedenen Seiten auf Zustände in der Fabrik J. G. Pfaff aufmerksam gemacht. Eine Versammlung für Süd-Ost habe sich eingehend mit den in der Fabrik herrschenden Missethänden beschäftigt, und dem zur Zeit in der Fabrik arbeitenden Kollegen Ahrens sei auch nicht widersprochen worden. Auf Ersuchen des Kommissionsrats Pfaff habe nun eine Konferenz stattgefunden, an der die Vorstandsmitglieder Glocke, Wiedemann und Stöbinger theilgenommen, außerdem aber auf Veranlassung des Vorstandes aus jedem Saal der Fabrik 2 Delegirte zugegen waren. Herr Wiedemann gab nun als Berichterstatter der Konferenz eine eingehende Schilderung derselben. Aus der Berichterstattung ging hervor, daß die angeführten Klagen über Zahlung eines Kofgeldes von 9 Mark für fünf Tage aus den Bäckern sowohl, wie durch die Delegirten widerlegt seien, und daß auch der Fall, daß ein Maschinenarbeiter seinen garantierten Lohn nicht erhalten habe, nicht stimmt; es sei deshalb jedem Kollegen dringend ans Herz gelegt, für alle Klagen über ihre Werkstätten auch tatsächliches Beweismaterial zu erbringen, den nur versehen mit solchem könnte der Vorstand wie die Werkstatt-Kontrollkommission fest und bestimmt den Unternehmern gegenüber auftreten. Im Allgemeinen sei, wie Kollege Glocke ergänzend zusetzte, festgestellt, daß in den meisten Fällen über 8 Mark bei Herrn Pfaff verdient würden, doch seien auch gegen 9 Fälle in den Lohnbüchern verzeichnet, wo unter 8 M. pro Tag verdient wurde, was Herr Pfaff darauf zurückführt, daß das Anfänger in der Fabrik seien, die mit der Maschinenarbeit noch nicht vertraut wären. Was das Prozentsystem für die Meister anbelange, so sei von Herrn Pfaff geltend gemacht worden, daß dies ebenso im Interesse der Gesellen wie der Meister liege, da die Akkordlöhne vom Obermeister wohl festgesetzt würden, jedoch der Meister, um selbst einen hohen Gehalt zu beziehen, gern sehen müsse, daß die Akkordlöhne hoch bemessen seien. Seitens des Vorstandes wurde darauf hingewiesen, daß von Seiten der Arbeiter dieses Prozentsystem von einer anderen Seite betrachtet würde, denn wenn der Obermeister die Akkordlöhne festsetze, müsse der Saalmeister, wolle er einen hohen Lohn erzielen, die Gesellen aufs äußerste zur Arbeit anhalten, so daß selbst ein Arbeiter bei niedrigen Akkordlöhnen doch noch einen einigermaßen ansehnlichen Verdienst erziele; schwächere Arbeiter würden bei einem solchen System immer auf die Straße geworfen. Herr Pfaff konnte diese Ausführungen nicht entkräften. In der Diskussion über den Bericht gab einer der Kollegen, der die Klagen mit erhoben, zu, daß ein Irrthum vorgekommen sein könnte, doch werde er ferner jederzeit für die Interessen der Kollegen eintreten. Kollege Ahrens bedauert, daß die Kollegen, die ihm die Unregelmäßigkeiten hinterbracht hätten, nicht den Muth hätten, ihre Aussagen aufrecht zu erhalten, in künftigen Fällen würde er vorsichtiger sein. — Kurz sei noch darauf hingewiesen, daß ein durch Krankheit in arge Bedrängnis gerathener Kollege an die Mitglieder des Vereins die Bitte richtet, ihn dadurch zu unterstützen, daß sie ihren Bedarf an Holz und Klagen, Sägen, Hitzhaken u. s. w. von ihm entnehmen. Seine Frau hat den Holzhaub Nr. 188, Markthalle II. (Vindensstraße) inne.

Der Fachverein sämtlicher in den Glas- und Hartpapier-Fabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

hielt am 18. November seine Mitgliederversammlung ab. Herr Stadl. Feil Jubeil hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über Kasernen und Ferienkolonien. Vorher war über die Gründung eines Arbeitsnachweises berathen und nach längerer Debatte der Vorstand beauftragt worden, sich näher darüber zu informieren, wie die Sache am besten durchgeführt werden könnte, und das Ergebnis dann den Mitgliedern in der nächsten Versammlung zur Kenntnis zu bringen. Dann wird über die Sache endgiltiger Beschluß gefaßt werden. Nach dem Vortrage wurde unter Verschiedenen der Antrag, einen gemäßigten Kollegen durch wöchentliche Unterstützung von 10 M. aus seiner traurigen Lage zu befreien, gegen 4 Stimmen angenommen. Von Frau Habicht wurde die Frage gestellt, weshalb sie, obwohl sie gewählt war, mit den anderen Delegirten zu der Gewerkschaftskonferenz nicht zugelassen worden sei. Herr Jubeil beantwortete diese Frage. Er wies zuerst darauf hin, daß der Aufruf falsch abgefaßt und falsch verstanden worden ist. Es sollte nur eine Vorbesprechung aller zentralisirten Gewerkschaften zum allgemeinen Gewerkschaftskongress, welcher nach Zusammentritt des Reichstages stattfinden soll, sein. Die Zentralisationen sind augenblicklich nicht mehr ausreichend. Es müssen vielmehr große Unionen gegründet werden, wie in England. Die Lokalorganisationen könnten alldann zwar noch bestehen, jedoch nur als Sektionen, welche unter der Kontrolle der Unionen stehen. Ueber diesen Punkt sollte in erster Linie die Konferenz verhandeln; es waren deshalb nur von allen zentralisirten Gewerkschaften, vom Kartellverband in Sachsen und von der Berliner Streik-Kontrollkommission Delegirte vertreten. Nachdem der Vorsitzende allen Anwesenden ans Herz gelegt hatte, für die Organisation kräftig einzutreten und zu agitieren, wurde die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf das Wachsen und Gedeihen des Fachvereins geschlossen.

Die Vereinigung der Drehschleifer Deutschlands hielt am 16. d. eine kombinierte Mitglieder-Versammlung ab. Ueber die Regelung der herrschenden Uebelstände in der Verwaltung referirte Kollege Luz.

Er gab in kurzen Zügen ein Bild von der Entstehung der sogenannten Opposition unter den Berliner Kollegen gegen den Hamburger Hauptvorstand. Diefelbe sei entstanden wegen des einseitigen Vorgehens des Vorsitzenden der Vereinigung, insbesondere wegen der Zeitungsfrage, der Agitationsmarken, der Agitationsreise, der Verlegung der General-

versammlung auf einen späteren Zeitpunkt und der zu wenig detaillirten Abrechnung betrefis der Delegirtensteuer. Weiter wies der Redner den Vorwurf der Unzeitlichkeit, welcher den Beamten der Berliner Zahlstellen (Ortsverwaltungen) seitens des Vorsitzenden gemacht worden sei, energisch zurück und beantragte, daß bei der Urabstimmung die nicht abstimmen den Ortsverwaltungen als im bejahenden Sinne stimmend betrachtet würden. Redner schloß mit den Worten, daß sich die Berliner Kollegen jeder Zeit das Recht der freien Kritik wahren würden. — In der Diskussion erhielt zuerst der Vorsitzende der Vereinigung, Kollege Legien, Hamburg, das Wort. Derselbe glaubte zuerst konstatiren zu können, daß Kollege Luz sich der Inkonsistenz schuldig gemacht habe, da sich seine heutigen Ausführungen nicht mit denen decken, welche er in der letzten kombinierten Versammlung vorgebracht habe. Redner ging des Näheren auf die einzelnen Punkte der Beschlüsse ein und wies nach, daß das achtstägige Erscheinen der Fachzeitung der Organisation keine Mehrkosten verursache, da die Verlagsfirma laut Vertrag dazu verpflichtet gewesen sei. Auf den Beitrag zur Agitation übergehend, sagte Redner, daß die Beiträge freiwillig gewesen seien, daß eine Agitation notwendig war und noch ist, und daß er es für seine Pflicht als Vorsitzender der Organisation gehalten habe, einen Abzug nach Wien, wo am 8. Sept. der österreichische Drehschleifertag zusammentrat, zu machen, den internationalen Charakter der Arbeiterbewegung dabei berücksichtigend. Redner wiederholte, daß die Schuld betrefis des so mangelhaft vorgekommenen Agitationsgeldes, einzig und allein die Vorstände der Zahlstellen treffe. Den Vorwurf der ungenauen Abrechnung müsse er ganz energisch zurückweisen, und er verweise auf die vorhergegangenen Abrechnungen. Ueberhaupt müsse er der Opposition jede Berechtigung aberkennen; dieselbe möge sich auf den Boden der wahren Thatsachen stellen und nicht Angriffe resp. Vorwürfe über Dinge bringen, über welche sie durchaus nicht orientirt sei, was um so schlimmer sei, als die Informationen von ihm jederzeit zu bekommen wären. Er hoffe, daß die heutige Versammlung eine Erklärung schaffen werde. Kollege Hartmann wies den Vorwurf, betrefis mangelhafter Verbreitung der Agitationsmarken zurück und bemängelte, daß der Vorsitzende außer dem fortlaufenden Gehalt noch 7 M. Diäten pro Tag während der Agitation bekomme und wies außerdem auf das Berechtigte der Agitation hin. Kollege Hildebrandt sprach sich gegen das rigorose Vorgehen seitens des Vorstandes in der Zeitung aus und erwartete ganz bestimmt, daß die Zwischenbemerkungen der Redaktion in Zukunft fortlassen werden. Kollege Rautenberg ist im Einverständnis mit dem Vorstand; man dürfe nicht bei jeder Kleinigkeit erst die gesammte Mitgliedschaft aufwiehen. Diefelbe ist der Ansicht, daß auf beiden Seiten Fehler begangen worden sind und rath zur Nachgiebigkeit und zum Frieden. Es sprachen noch die Kollegen Böttcher, Brindry, Meule, Toft und Casperzaco. Letzterer weist nach, daß eine Ausgabe von 600 Mark pro Jahr durch das achtstägige Erscheinen der Zeitung der Kasse zur Last fällt. Kollege Legien (Hamburg) legte dar, daß 7 M. Diäten nicht zu viel sind, wenn man sich auf Reisen befindet. Während seiner Abwesenheit von Hamburg müsse er einen Stellvertreter haben. Er habe sicher nichts dabei profitirt und ist bereit, dieses Amt jedem Andern zu überlassen. Auf beiden Seiten sind Fehler begangen, aber die heutige Versammlung wird den Streit schlichten und die Polemik wieder in ruhigeren Bahnen lenken. Unter großer Anruhe der Versammlung wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung giebt zu, daß Fehler sowohl vom Vorstand, als von den Berliner Kollegen vorgekommen sind, doch erklärt sie sich nach der Auseinandersetzung mit dem Vorsitzenden der Vereinigung, mit dem Vorstande einverstanden.“ — Es sprachen noch die Kollegen Hartmann, Hagen, Hildebrandt, Brindry und Luz. Der letztere bedauerte, nicht eingehend auf die Ausführungen des Vorsitzenden wegen vorgerückter Zeit antworten zu können.

Eine öffentliche Versammlung aller in der Gold- und Silberwaren-Branche Berlins und Umgegend beschäftigten Arbeiter

hielt am 24. November unter dem Vorsitz des Herrn Ostka am 24. Auf der Tagesordnung der sehr zahlreich besuchten Versammlung stand: 1. Vortrag des Herrn Meyner über: „Wie die Gewerkschaftsbewegung ist und wie sie sein soll.“ 2. Berichterstattung der Delegirten der Berliner Streik-Kontrollkommission. 3. Verschiedenes. Der Referent führte ungefähr aus: Es wird vielfach noch heute geglaubt, wenn jemand ein Kunstgewerbe erlernt habe, so sei er für immer gedungen. Dem ist nicht mehr so. Auch in die Gold- und Silberwaren-Branche wird die Maschinenarbeit schon eingegriffen haben. Auch hier wird die Heranziehung ungelerneter oder einseitig ausgebildeter Arbeiter an Stelle des vielseitig ausgebildeten Arbeiters möglich. Einer der Schäden der kapitalistischen Produktionsweise ist wie in allen anderen Gewerben auch im Gold- und Silberverarbeitungs-Gewerbe die Saisonarbeit. Die meisten Arbeiter denken, daß sie das, was sie während der schlechten Zeit durch Arbeitslosigkeit einbüßen, nun in der Saison wieder nachholen müßten und dies auch könnten. Es wird der Anforderung des Unternehmers an seine Arbeiter nach Ueberstunden-Arbeit gewillfahrt. Wenn nun mehr verdient wird, so wird der Preis der Arbeit herabgesetzt. Hauptsächlich bei Akkordarbeit geschieht dies. Hier wird in der Saison neben der längeren Arbeitszeit auch noch die Intensität der Arbeit gesteigert und ein scheinbar höherer Verdienst erzielt, der Anlaß zum Abzug giebt. Anstatt daß so in der Saison die alten Verluste gedeckt werden, werden neue erzeugt. Mit der Einhaltung der regelmäßigen Arbeitszeit in der Saison ist auch die Einstellung vieler Arbeiter möglich. Eine Forderung nach dieser Seite hin kann nur durch eine gute Organisation realisiert werden, nur vermittelt dieser kann man die, denen der Kapitalisten strikte entgegenstehenden Interessen der Arbeiter richtig vertreten. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Es schloß sich an ihn eine kurze Diskussion, an welcher sich die Herren Faber, Miksch und Lindo theilnahmen. Alle drei Redner konstatarren das Eindringen der Maschinenarbeit im Gewerbe. Nach ihren Ausführungen findet die Frauenarbeit auch immer mehr Verwendung. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die Versammlung schließt sich den trefflichsten Ausführungen des Referenten an. Sie erkennt in dem Anschluß aller Kollegen und Berufsangehörigen an die bestehende Vereinigung nur allein das Mittel, bessere Lebensstellung und wirtschaftliche Freiheit zu erringen. Auch wird dadurch die Ausfüllung der Kollegen schneller vor sich gehen und die Macht des Kapitals und des Unternehmertums eber gebrochen werden.“ — Hierauf erhalteten die Herren Faber und Wutner Bericht über die bisherige Thätigkeit der Berliner Streik-Kontrollkommission. Sie forderten hierbei zur Innehaltung der in der Kommission gefaßten Beschlüsse auf. Der Ueberflus der Kassenrechnung wurde der Berliner Streik-Kontrollkommission überwiesen.

Eine von zirka 400 Plätterinnen besuchte Mitgliederversammlung des Vereins der Plätterinnen tagte am Donnerstag. An Stelle der am Erscheinen verhinderten Frau Ihrer sprach Frä. Wahnig über die Beschlüsse der Gewerkschaftskonferenz und schloß mit der Ermahnung, sich für Zentralisation zu erklären. An der Diskussion theilnahmen die Damen Frä. Grothe, Frau

